

Originalrede von Dierk Homeyer, Parl. Geschäftsführer und Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion am 24. April 1999 - 5 Monate vor der Landtagswahl

Ich möchte zu Ihnen als Mitglied der Enquetekommission aber auch als Innenpolitischer Sprecher meiner Fraktion sowie als Gemeindevertreter, der ich seit 6 Jahren bin, in einer kleinen Gemeinde mit 1000 Einwohnern im Märkisch-Oderland Waldsiedersdorf im Biosphärenreservat sprechen. Also als jemand, der durchaus weiß, wie sich Kommunalpolitik vor Ort gestaltet. Meine Damen und Herren, als Mitglied der Enquetekommission mußte ich sehr früh erkennen, wohin die Eisenbahn gehen sollte. Eigentlich war sehr schnell klar, daß der Einsetzungsauftrag, nämlich unvoreingenommen ergebnisoffen zu beraten, zu prüfen, Fachwissen heranzuholen und dann zu einer Empfehlung zu kommen, nicht der Weg sein wird, den die SPD zu gehen beabsichtigt. Wir haben von Anfang an darum gebeten und auch gefordert, daß darüber nachgedacht wird, wie das bisherige Modell qualifiziert werden kann, welche Chancen wir haben, die Probleme, die es gibt, in den Griff zu bekommen. Gibt es Lösungsmöglichkeiten? Wir wurden mit diesen Forderungen sehr schnell ausgebremst. Weil von Anfang an klar war, daß die Reform, so wie sie jetzt empfohlen wird, das angestrebte Ziel war. **Ich hingegen bin der Auffassung, wenn man eine Reform durchführen will, dann muß es dafür zwingende Gründe geben.** Und es ist heute mehrfach angekommen, daß was hier kommen soll, ein völlig anderes Modell ist. Wir haben dann nicht mehr das, was wir 1990 übernommen haben von Schleswig-Holstein, sondern wir haben ein ganz anderes Modell. Dafür muß es zwingende Gründe geben. Und was sind die zwingenden Gründe? Sind es die Finanzen? Sind die bisherigen Ämter gescheitert? Gibt es zuviel kleine Gemeinden in Brandenburg? Ist es das Problem, daß das Amt kein Zuwendungsempfänger sein kann? Meine Damen und Herren, beginnen wir mit den Finanzen. Wenn man den Enquetekommissionsbericht liest, stellt man fest, unsere Kommunen haben zu wenig Geld. Gut, das wissen wir alle. Aber dies ist nicht Gottgegeben. Daß es nicht Gottgegeben ist, dafür gibt es Gründe. Die diskutieren wir alle miteinander seit Jahren. Jedes Jahr gibt es neue Verteilungskämpfe bei der Erarbeitung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Wird es nach einer Reform mehr Geld geben? Wie wir eben gehört haben und es liegt auch auf der Hand, nein. Der Topf bleibt so wie er ist. Sind die sogenannten 11,5 Mio DM durch Einwohnerveredelung, die aus dem Länderfinanzausgleich kommen sollen, ein zwingender Grund? Ich bitte Sie, meine Damen und Herren. 2004 wird der Solidarpakt neu verhandelt. Es sind Klagen angekündigt. Wer kann das prognostizieren, was da auf uns zukommt? Auch nicht die Landesregierung. Ich halte dieses Argument für fadenscheinig. Fakt ist hinsichtlich den Finanzen, das Geld wird nur anders verteilt. Das haben wir eben gehört. Und zwar nach meiner Überzeugung zum Nachteil unserer Gemeinden. Und das Argument, das Amt wäre jetzt nicht zuwendungsfähig, weil es keine Körperschaft ist. Auch diese Problematik wäre lösbar, wenn man einen Weg gegangen wäre zu prüfen und darüber nachzudenken, wie kann man das bisherige Modell modifizieren und qualifizieren. **Wie kommt die Kommission zu dem Votum, unsere Ämter wären gescheitert, das Amtsmodell wäre gescheitert. Wenn man sich die Berichte durchliest, die Gutachten durchliest und auch die Stellungnahmen, stellt man fest, alle sind im Prinzip zufrieden. Natürlich gibt es Schwierigkeiten, aber gescheitert ist es nicht. Es hat sich im Prinzip bewährt.** Und nun kommen die Ländervergleiche. Nun wollen wir das Modell von Rheinland-Pfalz. Ich stelle in diesem Raum die Frage, wollen wir denn nicht einen eigenen Weg gehen? **Können wir in Brandenburg keinen eigenen Weg gehen? Sind wir nicht in der Lage, das was wir haben, zu entwickeln und weiterzuqualifizieren? 9 Jahre nach der Wende, viele Schwierigkeiten hat es gegeben, viele Steine wurden weggeräumt, Selbstbewußtsein auch in brandenburgischen Kommunen hat Einzug gehalten.** Diese Frage wird ab 2001 der Landesgesetzgeber beantworten, sofern er dazu eine Chance haben wird. **Ich komme nun zu dem Argument, es gäbe zuviel kleine Gemeinden. Das sind Gemeinden unter**

500 Einwohner. Ja, sollen wir uns denn dafür schämen als Brandenburger. Das ist doch historisch gewachsen. Das gab es in Brandenburg doch immer, das ist übrigens Brandenburg, viele kleine Gemeinden. Natürlich gibt es Schwierigkeiten mit Gemeinden, die nur 150 Einwohner haben, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen wollen. Und wir haben immer gesagt, wir sind ja auch dafür, daß man sich freiwillig fusioniert, wenn man zusammenpaßt und meint, es geht. Aber nicht so, zunächst finanziell austrocknen, anschließend sagen, ihr kriegt eine Zielprämie, wenn ihr fusioniert. Ich halte das für den verkehrten Weg. Es kann nur so sein, daß man zusammenpaßt und daß man meint, man kann das dann gemeinsam besser Das ist der richtige Weg. **Ich bin auch der Überzeugung, daß das Argument, es gäbe zu viele kleine Gemeinden ist kein stichhaltiges Argument.** Denn, meine Damen und Herren, auch in dem neuen Modell wird es kleine Gemeinden geben. Auch in diesem neuen Modell übrigens werden sich weiterhin Gemeinden zusammenschließen und die Gemeinden, die sich bisher zusammengeschlossen haben, müssen einfach wissen, sie werden danach, wenn dieses Modell eingeführt ist, weniger Rechte haben als heute. Weniger Gestaltungsmöglichkeiten als heute. Das ist ein Fakt und das kann man auch nicht schönreden. Das ist einfach so. Und ich weiß nicht, ob die Gemeinden, die sich fusioniert haben, dies bei ihrer Fusion auch so bedacht haben. **Ich bin der Überzeugung, meine Damen und Herren, das Modell aus Schleswig-Holstein, das wir hier einmal übernommen haben aus gutem Grund, weil, wenn man die Zahlen vergleicht, Brandenburg und Schleswig-Holstein, Bevölkerungsdichte, Größe, Anzahl der Gemeinden, hat sich bewährt. In Schleswig-Holstein kommt auch heute niemand auf die Idee, eine Strukturreform mit den Gemeinden vorzunehmen. Es gibt heute noch eine Hallig mit 7 Einwohnern und die hat eine Gemeindevertretung und die hat einen ehrenamtlichen Bürgermeister und keiner stellt das in Abrede in Schleswig-Holstein. Warum auch. Es hat sich doch bewährt.** Insgesamt bin ich der Meinung, meine Damen und Herren, mal unabhängig davon, was jetzt in Brandenburg in den nächsten Wochen und Monaten diskutiert wird zu dieser Frage, meine Überzeugung ist, **die Zukunft für Brandenburg ist ein Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort, eine Stärkung des Ehrenamtes vor Ort, weniger Bürokratie, Abbau von Normen und Standards, Freiräume schaffen vor Ort, damit die Menschen mitmachen. Der Staat wird es in Zukunft gar nicht mehr alles bewältigen können. Das ist die Zukunft - meine ich - für Brandenburg.**